

UNI INFO

Herausgeber: Presse- und Informationsstelle der Universität Oldenburg, Ammerländer Heerstraße 67-99, Postfach 2503, 2900 Oldenburg, Tel.: (0441) 73041, Telex 25655 unol d. Redaktion: Gerhard Harms (verantwortlich), Karin Wolf, Verlag, Druck und Anzeigenverwaltung Littmann Druck, Rosenstraße 42/43, 2900 Oldenburg, Tel.: (0441) 27051

3/79
26. Februar

Mit Namen gezeichnete Artikel geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder. Nachdruck nur nach Rücksprache mit der Redaktion. (Der Gründungsausschuss, das Konzil und der Senat haben einstimmig beschlossen, daß die Universität den Namen Carl-von-Ossietzky-Universität führt. Der niedersächsische Minister für Wissenschaft und Kunst hat sich der Führung dieses Namens durch die Universität Oldenburg bisher widersetzt.)

Arbeitsgruppe soll Forderungskatalog der Uni prüfen

Entscheidung über Zukunft von ELAB fällt im März

Krüger: „Gespräch mit Kultusminister war nicht unzufriedenstellend“

In der zweiten Märzhälfte wird sich entscheiden, ob und unter welchen Bedingungen der Modellversuch Einphasige Lehrerausbildung (ELAB) an der Universität Oldenburg weiterlaufen wird. Bis dahin soll sich eine interministerielle Arbeitsgruppe mit dem detaillierten Forderungskatalog befassen, der am vergangenen Freitag von der Universitätsleitung Kultusminister Werner Remmers vorgelegt wurde, und der aus der Sicht der Hochschule erfüllt werden müßte, um erträgliche Studien- und Lehrbedingungen zu schaffen.

Die Runde, die sich in Hannover traf, war hochkarätig zusammengesetzt. Der Universitätsleitung saßen neben Remmers und seinem Staatssekretär Schaepe auch die Ministerialdirigenten Seiters und Hodler sowie die Minister Remmers, Kronshage, Middendorf und Gehlsen gegenüber.



Nach dem dreieinhalbstündigen Gespräch im Kultusministerium äußerte der amtierende Rektor, Professor Rainer Krüger, die Unterredung sei mit „großer Ernsthaftigkeit auf beiden Seiten“ geführt worden und „nicht unzufriedenstellend“ verlaufen. Der Universität sei es offensichtlich gelungen, dem Minister deutlich zu machen, daß die Universität trotz der massiven Kritik des Philologenverbandes und des CDU Landesverbandes Oldenburg an der ELAB festhalten wolle - aber nicht unter jeder Bedingung.

Die jüngsten Forderungen nach Einstellung der ELAB durch den niedersächsischen Philologenverband (PHV) und des CDU Landesverbandes hatten dem Gespräch, das längst geplant und verabredet war, eine neue Dimension gegeben. In der

Hochschule befürchten nicht wenige, daß der Minister dem Druck der beiden Verbände nachgeben könne. Dabei waren die Vorwürfe besonders des PHV infam oder, wie die GEW meinte, „peinlich“, aber öffentlichkeitswirksam. Auf Anfrage der Nordwestzeitung bestätigten die Sprecher, man wolle mit der jüngsten Erklärung der ELAB „den Gangenschuß“ versetzen. Grundlage war ein Bericht der dem PHV nahestehenden Vorsitzenden der Prüfungsämter. Sie beklagten sich über die mangelnde schulpraktische wie auch fachliche Qualifikation Sek-II-Studenten.

Der PHV „vergaß“ allerdings zu erwähnen, daß sich der Bericht der Vorsitzenden der Prüfungsämter, inzwischen von der Osnabrücker Hochschule entschieden zurückgewiesen, bis auf eine Ausnahme auf Prüfungen mit Studenten aus Osnabrück und Vechta gründeten, wo der Modellversuch längst eingestellt wurde und nur jene Studenten nach ELAB ihre Prüfungen ablegen können, die sich vor dem Abbruch immatrikuliert hatten. Entsprechend schlechter sind auch ihre Bedingungen. So erfuhren die meisten Osnabrücker erst kurz vor dem III. Studienabschnitt, wo und mit welchem Kontaktlehrer sie arbeiten würden - wenn überhaupt einer zur Verfügung stand. Nicht selten wurden sie Leh-

rern zugeteilt, die nie etwas mit der ELAB oder überhaupt mit der Ausbildung von Lehrern zu tun gehabt hatten, so daß die gesamte Vorbereitungsphase zum Teil nichtig wurde.

Nun ist allerdings keine Frage, daß es auch im Sek.-II-Bereich/Gymnasien an der Oldenburger Hochschule hapert. Vor allem fehlen Kontaktlehrer, was auch der PHV scheinheilig bemängelt; scheinheilig deshalb, weil nicht zuletzt er durch gezielte Propaganda dafür sorgte, daß sich nicht genügend Gymnasiallehrer für ein solches Amt zur Verfügung stellten. Es kam vor, daß Lehrer, die

Fortsetzung auf Seite 3

Konzil und Senat gewählt

„Demokratische Hochschule“ konnte sich durchsetzen

Absolute Mehrheit der Hochschullehrerstimmen

Nach dem Niedersächsischen Hochschulgesetz (NHG) haben die Statusgruppen der Hochschule Anfang Februar ihre Vertreter für das Konzil und den Senat gewählt - allerdings mit unterschiedlichem Engagement. Während sich die Hochschullehrer zu 95,4 Prozent an der Wahl beteiligten, füllten bei den Studenten lediglich 15,5 Prozent den Stimmzettel aus.

Bei den Hochschullehrern konnte sich die als liberal geltende Liste „Demokratische Hochschule“ voll durchsetzen. In beiden Gremien verfügt sie über die Mehrheit der Sitze dieser Statusgruppe, was besonders im Senat von erheblicher Bedeutung ist. Denn nach dem NHG können keine Beschlüsse, die unmittelbar Forschung - und Berufungsfragen berühren, gegen die Mehrheit der Hochschullehrervertreter gefaßt werden. Nicht zuletzt wegen dieser Bestimmung hatten sich die eher links orientierten Gruppen bei der Senatswahl zu einer Liste vereinigt - in der Hoffnung, die Liste „Demokratische Hochschule“, seit Bestehen der Hochschule die stärkste Hochschullehrergruppe, zu überflügeln - allerdings ohne Erfolg. Mit leichten Verschiebungen zugunsten von „Linker Liste“ und dem „Arbeitskreis Hochschulpolitik“ (AKH), dessen Mitglieder sich aus dem ehemaligen „Hochschulpolitischen Arbeitskreis Oldenburg“ (HAKO) und

einigen BdWi-Angehörigen zusammensetzt, endeten die Wahlen im Mittelbau. Die Studenten wählten ähnlich wie bei ihren Parlamentswahlen.

Einen erheblichen Sprung nach vorne machte die ÖTV in der Statusgruppe der Mitarbeiter im technischen und Verwaltungsdienst. Ihr

Fortsetzung auf Seite 4

Wahl des Senats

HOCHSCHULL.	WB.: 95,40 %
Demokratische Hochschule	53,47 % 4 Sitze
Linke Liste/AKH/BdWi	46,53 % 3 Sitze
WISS. MITARB.	WB.: 77,40 %
Konf. wiss. Mit- „Taktix“	98,41 % 2 Sitze
MTV	WB.: 57,90 %
ÖTV	74,78 % 2 Sitze
DAG	25,22 %
STUDENTEN	WB.: 15,50 %
GOL	56,97 % 1 Sitz
LHV/Juso-HSG	38,90 % 1 Sitz
Freie Liste/RCDS	4,13 %

Wahl des Konzils 1979

HOCHSCHULLEHRER	Wahlbet.: 95,4 %
Demokratische Hochschule	52,45 % 26 Sitze
Linke Liste	23,78 % 12 Sitze
AKH	15,38 % 7 Sitze
BdWi	8,39 % 4 Sitze
WISS. MITARBEITER	Wahlbet.: 77,4 %
Linke Liste	32,70 % 5 Sitze
AKH	25,15 % 3 Sitze
BdWi	23,27 % 3 Sitze
Büttmeyer	18,88 % 3 Sitze
MTV	Wahlbet.: 57,9 %
ÖTV	77,20 % 12 Sitze
DAG	22,80 % 2 Sitze
STUDENTEN	Wahlbet.: 15,5 %
SHB	30,80 % 5 Sitze
Basisgruppen	27,75 % 4 Sitze
MSB	23,50 % 3 Sitze
LHV	14,01 % 2 Sitze
Freie Liste/RCDS	3,94 %
Juso-HSG	
UHG	

1977

HOCHSCHULLEHRER	97,4 %
Demokratische Hochschule	48,20 %
Linke Liste	26,30 %
HAKO	14,30 %
Pieper	11,40 %
WISS. MITARBEITER	86,3 %
Linke Liste	28,96 %
HAKO	18,60 %
BdWi	26,20 %
Büttmeyer	26,20 %
MTV	51,96 %
ÖTV	68,80 %
DAG	31,60 %
STUDENTEN	27,28 %
SHB/Juso	30,10 %
MSB	20,40 %
LHV	14,50 %
RCDS	5,80 %
Juso-HSG	27,40 %
UHG	1,90 %



„Komm runter“

Kein Institut für Küstenbiologie

Die Universität wird kein Institut für Küstenbiologie in den ehemaligen Gebäuden des Max-Planck-Instituts für Zellbiologie einrichten können. Das teilte das Wissenschaftsministerium jetzt der Universität offiziell in einem Erlaß mit. Wie bereits berichtet, hatten die zuständigen Gremien der Hochschule trotz großer Bedenken den Weg für die Einrich-

tung eines solchen Instituts freigegeben, nachdem das Wissenschaftsministerium einen entsprechenden Plan vorgelegt hatte. Das Kabinett konnte sich jedoch nicht für die Vorlage erwärmen, sondern setzte eine Arbeitsgruppe ein, die untersuchen soll, ob die Gebäude in Wilhelmshaven nicht für die Einrichtung eines Landesinstituts geeignet seien.



PHV

Wissenschaftsrat: Studium neu planen

GEW-Vorsitzender Frister übt scharfe Kritik an Vorschlägen

Mit neuen Empfehlungen nahm jetzt der Wissenschaftsrat zur Entwicklung von wissenschaftlicher Ausbildung und anschließender Berufspraxis Stellung. Um Hochschulbedingungen und arbeitsmarktpolitische Anforderungen besser zu koordinieren, schlägt der Wissenschaftsrat vor, daß „das bisherige Studienangebot der Hochschulen substantiell geändert wird“, dabei aber „Substanz und Selbstverständnis der Fächer unangetastet zu lassen“.

Im einzelnen wird in den Empfehlungen, die dem Bundespräsidenten überreicht wurden, vorgeschlagen: „die Erweiterung der Möglichkeiten zur Kombination von Fächern, aber auch die Möglichkeit zu einem Ein-Fach-Studium; die flexible Gestaltung der Studiengänge durch die Einbeziehung

von vielfältig kombinationsfähigen Bausteinen;

die Einführung neuer, kürzerer Studiengänge unterschiedlichen Typs mit einem eigenständigen berufsqualifizierenden Abschluß;

das Training der mit jedem wissenschaftlichen Studium verbundenen multifunktionalen Fähigkeiten; die Einführung von Aufbaustudien;

die Gestaltung der Abschlußprüfungen als akademische Prüfungen, die staatlich anerkannt sind.“ Die neuen Studienformen und -inhalte sollen dazu führen, daß die Studenten sich nicht mehr nur auf die herkömmlichen Berufsfelder fixieren, etwa Anglistikstudenten „einseitig auf den Lehrerberuf“. Der Wissenschaftsrat geht davon aus, daß eine Realisierung sei-

ner Vorstellungen nur durch die Mitarbeit der zuständigen staatlichen Stellen, der Studienreformkommissionen, der Hochschullehrer möglich sei. Ferner rechnet er mit der Aufgeschlossenheit der Studenten und der Kooperation der Arbeitgeber.

Als „gefährliche Herausforderung“, der sich die Hochschulen stellen müßten, hat der Vorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), Erich Frister, die vom Wissenschaftsrat vorgelegten Empfehlungen bezeichnet. Die Verkürzung der Studiengänge beinhalte die „konsequente Politik zur Wiederherstellung der alten Elitehochschulen.“ Frister: „Mit den Vorschlägen des Wissenschaftsrates wird nicht ein einziger Arbeitsplatz geschaffen. Uns fehlen aber keine neuen Studiengänge, sondern neue Arbeitsplätze.“

StuPa wählt neuen ASa

Gerd Eckhard Vorsitzender

Auf seiner konstituierenden Sitzung hat das Studentenparlament der Universität einen neuen Allgemeinen Studentenausschuß (ASa) gewählt.

Von den insgesamt elf Referenten des ASa haben sechs auf der Liste des Sozialistischen Hochschulbundes (SHB) und fünf für den Marxistischen Studentenbund Spartakus (MSB) kandidiert; diese beiden gewerkschaftlich orientierten Hochschulgruppen hatten bei der Wahl des Studentenparlaments mehr als 54 Prozent der Stimmen auf sich ver-

einigt. Folgende Referenten wurden gewählt: Referat Sprecher/Öffentlichkeitsarbeit: Gerd Eckhard (SHB); Referat Organisation/Finanzen: Wolfgang Wulf (SHB); Referat Fachschaften; Monika Hartmann und Reinhard Neck (SHB); Referat Hochschulpolitik: Kurt Sauter (SHB); Uwe Hein (MSB); Referat Allgemeine Politik: Bernd Siegel (SHB) und Kurt Melching (MSB); Referat Internationale Politik: Wolfgang Schmidt (MSB); Referat Kultur: Wilhelm Voss (MSB); Referat Soziales: Irmgard Neck (MSB).

Buback-Dokumentation

Und sie bewegten sich doch...

...im Rahmen der grundgesetzlich garantierten Meinungsfreiheit - urteilte die VI. Große Strafkammer des Landgerichts Oldenburg am Freitag vergangener Woche über die 13 in Niedersachsen beimieteten Herausgeber der Dokumentation „Buback - ein Nachruf“ und sprach alle 13 frei. Damit sind bisher alle 48 Herausgeber der Dokumentation als Unbescholtene aus den Verfahren hervorgegangen. In Berlin und Bielefeld gab es Freisprüche; in Hamburg und Bremen wurden die Hauptverhandlungen gar nicht erst eröffnet.

Die Oldenburger Staatsanwaltschaft kündigte an, sie wolle Revision gegen das Urteil einlegen. Ob sie ihre Ankündigung wahrmacht, wird spätestens nach Ablauf der gesetzlichen Vier-Wochen-Frist klar sein, in der die schriftliche Begründung für einen Revisionsantrag vorliegen muß. Legt sie keine Revision ein, ist das Urteil rechtskräftig.

In der mündlichen Urteilsbegründung stellte das Gericht fest, den Herausgebern sei nicht die Verbreitung des Mescalero-Nachrufs „an sich“ vorgeworfen worden, vielmehr die „Art der Verbreitung“ und der Mangel an Distanzierung von verunglimpfenden Teilen des „Nachrufs“. Zwar hätten sich die Herausgeber vom Terror distanziert. Das sei aber nicht erforderlich gewesen, denn - so der Gerichtsvorsitzende Rolf Dräger - „der Mescalero lehnt ja den Terror ganz ausdrücklich ab.“ Damit würdigt das Gericht diskret das Hauptmotiv der Herausgeber und erteilt indirekt der Presse eine schallende Ohrfeige: wollten doch die Herausgeber mit der Dokumentation der monatlichen „synchronen, gezielten Verstümmelung“ jenes Textes ein Ende bereiten, in dem der Autor berichtet, wie er im Denkprozeß nach der spontan-klammheimlichen Freude begriff, daß schon die Mittel ein politisches Ziel diskreditieren können. Folgerichtig schreibt er: „Wir werden unsere Feinde nicht liquidieren. Nicht in Gefängnisse und nicht in Arbeitslager sperren...“

Die Staatsanwaltschaft ließ bereits im Verlauf des Prozesses alle Anklagepunkte fallen, die sich auf den Mescalero-Text bezogen. Klären aber mußte das Gericht die Frage, ob man straflos - wie im Vorwort der Dokumentation geschehen - behaupten darf, in der Bundesrepublik solle „jeder Ansatz sozialistischer Kritik und Praxis erstickt“ werden, während sich „faschistoide Tendenzen ungehindert breit machen“ könnten und durch die „exemplarische Kriminalisierung“ von Studenten werde ein Klima der Angst an den Hochschulen erzeugt.

Das Gericht sah in diesen Äußerungen zwar „offenkundig ungerechtfertigte politische Polemik“, nicht jedoch ein böswilliges Verächtlichmachen oder Beschimpfen des Staates und seiner Organe. Ausdrücklich befried sich das Gericht dabei auf ein Urteil des Bundesgerichtshofes, nach dem politische Kritik hart, scharf und auch offenkundig unberechtigt sein darf.

Das Gericht hat die Herausgeber freigesprochen. Eine Revisionsinstanz für die zahlreichen außergerichtlichen Vorverurteilungen gibt es nicht.

Zitat

„Bitte fassen Sie sich an die eigene Nase - aber, bitte, ganz ohne Schärfe.“ Professor Thomas Blanke im sogenannten Buback-Prozeß zum Staatsanwalt.

„Die wahre Zensur ist die Kritik“

Professor Peter Brückner vor der VI. Großen Strafkammer des Landgerichts Oldenburg



Indem sich Hochschullehrer erklären, klären sie auf, das ist ihr Amt; je wünder eine Anklage, sozialwissenschaftlich betrachtet, aufgebaut ist, umso gründlicher müssen sie sein.

I

Die Freiheit, seine Meinung zu äußern, gilt als Grundrecht des Bürgers in einer Demokratie: Jeder soll sie haben - warum auch nicht? Zwar findet sie ihre Grenze an bestimmten Gesetzen. Aber schon weil die Äußerungsfreiheit zwischen staatlicher Politik und den Interessen der Bürger vermitteln könnte, weil Art. 5 GG also für eine gewisse, bescheidene Rückbindung der Regierung an den Souverän, an das „Volk“ - und so auch an uns! - mit Sorge trägt, wird jede Einschränkung der Meinungsfreiheit sehr schwer.

Was ist das: eine Meinung, wie sie in den Grundrechten vorkommt? Unsere Meinungen, Auffassungen spiegeln einen Sachverhalt so, wie er sich in unseren Interessen bricht; „wahr“ sind sie, wenn sich soziale Verhältnisse nach ihnen ordnen lassen. In Meinungen organisieren sich gesellschaftliche Interessen, und so zitiert Art. 5 GG immer unter dem Andrang von konfligierenden Meinungen, denen es um Einfluß, um Ordnung, um Macht, um Veränderung geht; auch wenn dieser Andrang in abgehobenen Bereichen der Kunst und Wissenschaft sich scheinbar gelehrt oder ästhetisch geglättet hat.

Wo also Einsicht in historische und soziale Prozesse schwierig geworden ist, der Apparat der Regierung und des Staats sich vom Streik der Meinungen, von den gesellschaftlichen Interessen des „Volks“, der Bürger, abstrahiert hat, steht der vermittelnden Funktion von Meinungen Vieles im Wege, auch der bescheidene - Rückbindung der Regierung an den Willen des Souveräns.

Die grundrechtlich garantierte Meinungsfreiheit impliziert glücklicherweise eine Ergründung der Meinungsfreiheit als Korrektiv, jedenfalls dem Geiste und halb auch dem Wortlaut nach. Nämlich: was die Verfassung schützt, wenn sie die Bürger ihren Meinungen überläßt, ist auch die Freiheit und Chance der Meinungs bildung. Zwar geht hier Bildung besonders deutlich über bloß rationale Vorgänge der Informierung und über agonale Elemente der Diskussion hinaus - so ist der Streik, der Arbeitskampf beispielsweise ein unverzichtbares Element der Meinungs bildung, Gleichwohl: eine Bedingung, Vorbedingung, der Meinungsbildung ist die Rede-, Hör- und Lesefreiheit. Wer weiß - indem Bürger Meinungen äußern und die anderen hören, bilden sie die ihren vielleicht. Ohne

solche Voraussetzungen werden sie schwerlich lernen, ihre Interessen und ihre objektive Lage herauszufinden und zu artikulieren - und dabei zu begreifen, wer und was sie am Lernen hindert. Das zu begreifen, ist politisch immer ein guter Anfang.

So verstehe ich das Grundrecht in Art. 5. Abs. 1 GG auch als eines auf Meinungsbildung. Und wenn ich für Mescalero, unseren „anonymus, dokumentierend eingetreten bin, dann nicht nur, weil seine Äußerungschance im Sommer 1977 unter einer Gegenklärung entstellend begraben wurde - schlimm genug. Sondern: weil jede Zensur die Bildungschance vieler verkürzt; auch unsere.

Art. 5 GG scheint mir nicht nur ein Abwehrrecht des Individuums zu garantieren - durchaus gewaltsam erkämpft von unseren Vorvätern, die von Kirche und Obrigkeit gefordert haben, sie sollten sich gefälligst der Einmischung in bürgerliche Rede enthalten. Auch wenn es ihnen schließlich um ihre Geschäfte gegangen ist: das Börsenpapier als die wichtigste „Meinung“, historisch beabsichtigt war me h r. In der Demokratie gibt es ein Teilhaberecht: Jeder Bürger soll frei an der Bildung von Meinungen teilnehmen können, gerade weil Art. 5 GG vom Andrang konfligierender Meinungen zittert; wozu freilich noch Anderes gehört als ein eingelöstes Art. 5 GG.

Nun - diese Freiheit, in der Konfrontation mit geäußelter Meinung die seine zu bilden, als Freiheit aller, kann in Anspruch genommen werden oder nicht. Geschützt ist in der Demokratie auch die Freiheit, keine Meinung zu haben, keine zu hören und jeder zu glauben. Aber wer den Art. 5 GG als Äußerungs-, Bildungsgarantie einlösen will, den führt der Schutz durch die Verfassung demokratisch weiter. Er entdeckt in Art. 5 GG eine Bedingung für einen kollektiven Prozeß, von dem wir gern unser politisches Leben hätten: den Prozeß der Selbstbestimmung des Souveräns. Für mich ist die Garantie der Meinungsfreiheit - und der anderen Güter des Art. 5, wie die Freiheit von Forschung und Lehre - darum unverzichtbar, weil es ohne Art. 5 GG keine Organisation von gesellschaftlicher Erfahrung geben wird; also: kein kollektives Lernen. Keine historische Alternative, keine Emanzipation.

II

Meinungsfreiheit - das ist die Freiheit wovon? Die Demokratie ist freundlich; sie macht keine Pflicht daraus, die bloß beliebige, auch oberflächliche oder täuschende Meinungsäußerung an Prozesse der Meinungs bildung zu binden. Jeder hat zwar das Recht, „sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten“ (Art. 5.1), aber die Demokratie zwingt niemanden dazu, in der Freiheit der Meinung die Freiheit der Meinungs bildung, d.h. die Befreiung vom bloßen Schein, vom Vorurteil, von der Täuschung zu sehen. Doch die Demokratie darf auch niemanden daran hindern; sonst wird sie verdächtig, daß List hinter ihrer Großzügigkeit steckt, mit der sie in breitem Rahmen die Leute ihren Meinungen überläßt. Es gibt mächtige Interessen genug, z.B. ökonomische, die den unaufgeklärten Bürger vorziehen, weil es mit dem Andrang konfligierender Meinungen und ihrem Ordnungsanspruch nun ein Ende haben soll; weil es sich überhaupt besser im Trüben fischt; weil es eine „innere“, d.h.: eine materielle, politische, geschichtliche Beziehung gibt zwischen Art 5 und Art. 15 GG, also zwischen der Blok-

kierung der Freiheit der Meinung, Bildung einerseits und der Konzentration ökonomischer Macht in wenigen Händen andererseits. Und auch im Staat hält Mancher den unmündigen Bürger für leicht regierbar, den, der treu an Meinungen festhält - an Meinungen, in denen kein konfligierendes Interesse, kein Ordnungs-, kein Veränderungsanspruch mehr zittert; an Meinungen, ausgedrückt in einer Sprache, die jeden Interessenkonflikt immer schon zähmt.

Daß der Prozeß der Meinungs bildung zur Wahrheit tendieren, den bloßen Schein zerstören kann, ist also - und aus vielen, nicht genannten Gründen - vorerst nur Hoffnung. An ihr, an der Hoffnung, festzuhalten macht demokratisch unabhängige Mühe. Zu viel steht der gesellschaftlichen Organisation von konfligierender Erfahrung und Interesse im Wege. Geduld ist da so nötig wie der Zynismus häufig ist. So wird gern übersehen, wie stark schon allein der Druck ist, mit dem der Alltag und die erscheinende Realität unserer Arbeits- und Lebensverhältnisse die Wahrnehmung vieler prägen. Meinungen. „Urteile“ sogar, sind daher zu oft bloß rezeptiv. In ihnen drückt sich Passivität aus, die das Gegebene und nun einmal Vorhandene fraglos hin nimmt, also in der „eigenen“ Meinung bloß wiederholt. (Was heißt denn eigene Meinung? Ich nenne sie „mein“, und sie hot doch wenig mit zu tun.) Der Sozialwissenschaftler sieht, wie ganze Denk-, Wahrnehmungs- und Gefühlsgeohnheiten entstehen, die - wie die dazugehörige Meinung - sehr reproduzierend sind.

So bedarf die Freiheit der Meinungs bildung eines besonderen Akts, der diese Gewohnheit und Anpassung unterbricht, der uns vom lastenden Druck des Gegebenen, und von der „eigenen Meinung“, glücklich befreit. Ich nenne diesen befreienden Akt - in Anlehnung an sehr weit zurückliegende, fast vergessene Ideen der klassischen deutschen Philosophie - Spontanität. Sie ist heute dem Ungehorsam nahe verwandt. In ihr nimmt die demokratisch unabhängige Freiheit der Meinung zwangsläufig die Form der Abweichung vom Üblichen, Gewohnten, bloß Rezeptiven an - die Form der Kritik, der Unbotmäßigkeit, der unpassenden Nachricht.

Wenn die unpassende Nachricht anstößig klingt, so mag das ihr signum veritatis sein. Wir sind jetzt ganz nahe am Art. 5 GG. Denn die Praxis einer parlamentarischen Demokratie, die fast allen Meinungen ihre Äußerungsfreiheit garantiert, die in ihrer majestätischen Gleichheit keine Meinungen rechtlich privilegiert - nicht die Meinungen der zweihundert reichsten Leute und nicht die Meinung des kleinen Mannes -, sie darf die unpassende Nachricht nicht diskriminieren.

Erst der Umgang mit der „unpassenden Nachricht“ ist das Scheidewasser für die Ernsthaftigkeit, mit der eine Gesellschaft ihre Bildungsprozesse regelt und mit dem Art. 5 GG umgeht; ein Scheidewasser auch für die Ängste, von denen sie verfolgt wird - obwohl doch anscheinend ihr Art. 5 GG nicht mehr unter dem Andrang konfligierender Interessen zittert, sondern alles gesellschaftliche in Ordnung geglättet ist. Was also fürchtet sie mehr - Abweichung, unpassende Nachricht, Unbotmäßigkeit und Kritik, oder die Folgen der Unterdrückung von Dissens und Kritik?

III

Ich sprach vom Recht auf Meinungs bildung. Wer findet heraus, ob die

unpassende Nachricht wirklich Kritik, „Unbotmäßigkeit“ gewesen ist - oder nur eine bunte Gestalt der Täuschung? Und wenn Wahrheit auch geschichtlich die Form der Kritik annehmen muß, um wirklich Wahrheit zu sein, so ist doch nicht jede Kritik schon zwangsläufig eine Form der Wahrheit. Wenn auch Meinungsfreiheit der Akte der Spontaneität bedarf und Spontanes häufig als anstößig erscheint, so ist doch längst nicht alles Anstößige schon „spontan“. Wo ist hier das Scheidewasser zu finden? In Behörde, Staatsapparat, Amt? Die gehen gern von der Annahme aus, das, was sie verkündeten, sei schon wahr.

Das Scheidewasser liegt in der Meinungsfreiheit, d.h. in der allgemeinen und öffentlichen Diskussion. Die unabhängige Auseinandersetzung ist die Instanz der Prüfung - eine Auseinandersetzung, die mit Einfluß beginnt, und sich dann streitbar des Arguments bedient. Die freie Erörterung ist also das Scheidewasser, und nicht - die Zensur. „Die wahre, im Wesen der Preßfreiheit selbst gegründete Zensur ist die Kritik, sie ist das Gericht, das sie aus sich selbst erzeugt“, so MARX vor mehr als hundert Jahren. Das Gericht der Kritik ist die einzig denkbare, demokratische Institution, die bloßer, aber täuschender Meinung gewisse Schranken setzt und doch die Freiheit der Meinungsäußerung und -bildung erweitert. Ein Landgericht kann diese Zensur nicht ersetzen; es ist hier unzuständig, es usurpiert. In Fragen der Meinung und Äußerung ist seine Lage immer prekär.

Nun geht in der Bundesrepublik da seit Jahren Vieles im Krebsgang; als wäre die Formalisierung und Verrechtlichung der öffentlichen Diskussion, als wäre die institutionelle Kontrolle von Sprache das Ziel der staatlichen Intervention. Im Falle des Mescalero, des ASIÄ der Göttinger Universität und der mißtrauigen verfaßten Studentenschaft - samt Politischem Mandat, als Institut der Meinungsbildung demokratisch legitimiert - wurde diese Intervention von einer Zeitungskampagne begleitet, die unverhüllt ein Widersacher der Wahrheit war.

Man muß die Meinungs-, die Pressefreiheit geliebt haben, um sie verteidigen zu können (MARX). In Deutschland wurde sie selten wirklich geliebt. In der Bundesrepublik klingen sogar Bekenntnisse zu Art. 5 GG wie Überzeugungen, die kein politisches Leben mehr haben, die nur kraft der Gewohnheit noch im Umlauf sind. Man glaubt an die Meinungsfreiheit, ohne sie zu verstehen. Sogar die BILD-Zeitung nimmt Meinungsfreiheit für sich in Anspruch, ohne daß ganz Deutschland lacht. Man denkt, die Meinungsfreiheit bestünde schon; so groß ist die Gleichgültigkeit in Fragen des Art. 5 GG geworden, daß man nicht einmal mehr daran zweifelt, ob Meinungsfreiheit wirklich besteht, oder bestehen soll.

In solchen Zeiten hat, wie es 1794 in Jena hieß, der Gelehrte die Pflicht, auch als Bürger tätig zu sein. Mit dieser Formel haben damals Studierende ihren Hochschullehrer Fichte geehrt. Ihr Hochschullehrer, indem er tätiger Bürger war, nahm gesellschaftliche und politische Vorgänge so ernst, wie es der geschichtliche Prozeß der Demokratisierung von ihm verlangt hat.

Das ist auch die Tradition der Herausgabe der „Mescalero“-Dokumentation - eine bürgerliche also, das können wir ruhig sagen; sie steht hier vor Gericht. Die Anklage, wie sie gegen die Herausgeber erhoben wird, ist - im Lichte dieser Tradition - nur die Selbstverunglimpfung eines Staats, der sich doch als bürgerlicher Staat begriff.

Termine SS 79

Bei der Bekanntgabe der Termine für das Sommersemester ist uns leider ein Fehler unterlaufen. Das SS endet nicht am 17. Juli sondern am 21. Juli. Hier noch einmal alle Termine:

Beginn der
Lehrveranstaltungen 17. April
Pfingstferien 5. bis 9. Juni
Ende der
Lehrveranstaltungen 21. Juli

Jura-Antrag abgelehnt

Wie erwartet, hat das Wissenschaftsministerium jetzt in einem Erlass deutlich gemacht, daß nicht daran gedacht ist, neben Osnabrück auch in Oldenburg einen Studiengang Rechtswissenschaften einzurichten. Nach Auffassung des Ministeriums sei die Schaffung eines weiteren Jura-Studiengangs nicht mehr vertretbar, da in absehbarer Zeit über 5.000 Jura-Studienplätze in Niedersachsen zur Verfügung stünden. In diesem Zusammenhang verwies das Ministerium darauf, daß neben dem umfangreichen Ausbau der naturwissenschaftlichen Studiengänge ein neuer zusätzlicher Studiengang Pharmazie in Oldenburg „in Erwägung gezogen“ sei, um damit eine Erweiterung der Fächerspektren zu gewährleisten. Die Universität Oldenburg hatte in ihrem Antrag für Einrichtung eines rechtswissenschaftlichen Studiengangs auf die großen Vorzüge des Standort Oldenburg aufmerksam gemacht.

Drosselung des Hochschulausbau?

Ganz offensichtlich soll der Hochschulausbau in Niedersachsen gedrosselt werden. Nach Informationen des regierungsnahen Pressebüros „Rundblick“, stellt die Regierung zur Zeit Überlegungen an, ob auf die vorhandenen flächenbesseren Studienplätze nicht noch besser genutzt werden können. Eine Reduzierung des Ausbauprogramms würde besonders die Neugründungen in Oldenburg und Osnabrück treffen. Allerdings ist es in Oldenburg schlechterdings unmöglich, die Studienplätze besser zu nutzen. Denn schon jetzt ist jeder Studienplatz von zwei Studenten belegt.

Zukunft von ELAB

Fortsetzung von Seite 1

einem Aufruf des Ministers entsprechend Kontaktlehrer werden wollten, in einigen Schulen unter Druck gesetzt wurden.

So war denn auch eine Hauptforderung der Universität an den Kultusminister, sich mit Nachdruck für die Werbung von Kontaktlehrern in den Gymnasien - auch der Region - einzusetzen. Insgesamt benötigt die Hochschule für ihre Lehrerausbildung 40 Kontaktlehrer im gymnasialen Bereich. Um dieses Amt attraktiver zu machen, möchte die Hochschule gleichzeitig erreichen, daß Kontaktlehrer wie die *ca.* mit der zweifachen Ausbildung betrauten Lehrer eine Funktionszulage und Beförderungspunkte erhalten. Weiter umfaßt der Forderungskatalog der Hochschule:

Rechtliche Absicherung der ELAB durch die noch immer fehlende Ausbildungsverordnung

zweifelsfreie Rechtsgrundlage für die fachspezifischen Anhänge der Prüfungsordnung.

Klarstellung der Gleichwertigkeit der Ausbildung

Verbesserung der miserablen Personalsituation in den Fächern Kunst, Sport, Geographie und Germanistik

Letztere Forderung richtet sich mehr an den Wissenschaftsminister, der für entsprechende Stellen sorgen müßte. Deshalb wird sich die Arbeitsgruppe, die den Forderungskatalog der Universität auf seine

Situation im Fach Kunst katastrophal:

Studenten wandten sich an Landtagspräsidenten

Petition wird im Wissenschaftsausschuß behandelt

Das Niedersächsische Wissenschaftsministerium wird vor dem Landtagsausschuß für Wissenschaft und Kunst eine Stellungnahme über die „katastrophalen Zustände im personellen und materiellen Bereich“ im Fach Bildende Kunst/ Visuelle Kommunikation an der Universität Oldenburg abgeben. Veranlaßt wurde er dazu durch eine Petition von vier Studenten des Faches an den Landtagspräsidenten, in der das Parlament über die unzureichenden Ausbildungsbedingungen informiert wird. Wegen der schwerwiegenden Mängel fordern die Studenten „die sofortige Besetzung der ausstehenden Hochschullehrerstellen, insbesondere der Stellen, für die bereits eine Vorschlagsliste der Berufungskommission seit Juli 1978 vorliegt, und die „soziale Absicherung der Studenten, die ihre Studium verlängern müssen, durch eine Absicherung der BAföG-Weiterzahlung“.

Mit mehreren Anlagen zu ihrer Petition belegen die Studenten die Personalsituation im Studiengang „Lehramt Kunst“: Zwei Professoren (einer davon als Verwaltung), zwei Akademische Räte und zwei Assistenten sollen die etwa 400 Studenten des Faches qualifizieren. Sieben Lehrbeauftragte, die schlechter als an der Volkshochschule bezahlt werden, sollen die künstlerisch-medienpraktischen Veranstaltungen abdecken. Insgesamt kann nur etwa zwei Drittel des Mindestlehrangebots stattfinden.

Die schlechte Versorgung hat zur Folge, wie die Studenten dem Landtag unter Mithilfe des Oldenburger SPD-Abgeordneten Milde versichern konnten, daß auch die berufspraktischen Anteile in der Einphasigen Lehrerausbildung seit dem jetzigen Wintersemester nicht mehr im erforderlichen Umfang fachlich betreut werden können. Nicht einmal alle Studienschwerpunkte und alle thematischen Schwerpunkte, die für die spätere Prüfung notwendig sind, können somit abgedeckt werden. Fazit der Lehrenden: „Wir prüfen zunehmend, was wir nie gelehrt haben. Die Studenten sind auf autodidaktische Studien angewiesen. Jede Forschungstätigkeit wird im Keim erstickt.“ Zur unzureichenden Ausbildung der Studenten kommt wegen der zu knappen Personaldecke eine „systematische Dequalifizierung aller Lehrenden“.

In einer angeforderten Stellungnahme an das Ministerium räumt die Universität ein, daß sie „nicht immer

in der gebotenen Zügigkeit“ Ernennungs- oder Berufungsvorschläge unterbreitet hat. Ausschlaggebender sei jedoch, daß die „für ein Mindestlehrangebot notwendigen Stellen nicht bewilligt wurden bzw. daß die Entscheidung über Berufungsvorschläge uneinsehbar lange hinausgezögert wurden und noch werden.“

So konnte erst jetzt von der Universität ein Berufungsgespräch mit Dr. Kimpel (Professorstelle C 3 für „Kunstgeschichte mit dem Schwerpunkt Architekturgeschichte“) geführt werden. Der Besetzungsvorschlag für die Professorenstelle „Bildende Kunst mit dem Schwerpunkt Film, Fotografie, Graphik“ vom 17. Mai 1978 wurde in Hannover noch immer nicht entschieden.

Auch für die Besetzung weiterer Stellen gibt es noch keine Entscheidungen. Schwierigkeiten gibt es auch, unbesetzte Stellen verwalten zu lassen. Rektorstellvertreter Professor Busch: „Die Universität bemüht sich seit SS 1978, freie Stellen durch Verwalter wahrnehmen zu lassen. Die Tatsache, daß Verwaltungsaufträge semesterweise erteilt werden, mindert erheblich die Attraktivität für potentielle Interessenten. Entsprechend gering ist die Resonanz auf Ausschreibung.“

Entsprechend der Intention der Petition der Studenten fordert das Rektorat die „erkennbare Hilfe des Ministeriums“ bei der Stellenbesetzung im Hochschulbereich und auch bei der Behebung des Defizits an Kontaktlehrern.

Schriftspracherwerb

Vom 26. bis 28. März 79 findet in der Universität die Tagung „Schriftspracherwerb. Theorie - Untersuchungsergebnisse - Unterrichtsmodelle“ statt.

Professoren-Förderung

Die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) stellt Mittel für Hochschullehrer bereit, die sich zu Forschungszwecken von Lehr- und Verwaltungsaufgaben entlasten wollen. Während des Forschungsjahres finanziert die DFG für die Universität einen Vertreter für den forschenden Hochschullehrer. Zu diesen Zuschüssen können Sachmittel für Schreib- und Reisekosten beantragt werden.

Arbeitskreis Informatik gegründet

Informatik - die junge Wissenschaft vom Computer und der Informationsverarbeitung - ist kein Schulfach. Aber in einigen Schulen bemühen sich bereits Lehrer darum, im Rahmen des Mathematik- oder Physik-Unterrichts, an berufsbildenden Schulen bei der Behandlung betriebswirtschaftlicher Organisation, die Fragen der Informatik zu behandeln. An einigen Gymnasien haben Lehrer in der reformierten Oberstufe Informatik-Kurse angeboten.

Ein gutes Hundert von solchen „Einzelgängern“ aus dem weiteren Umkreis von Oldenburg haben sich im „Arbeitskreis Informatik in der Schule“ (AKIS) zusammengefunden, um ihre Erfahrungen auszutauschen. Angeregt von der Universität Olden-



Professor Dr. Rolf Schmiederer, Hochschullehrer für „Didaktik der Sozialkunde“, verstarb am 16. Februar im Alter von 50 Jahren an einem Herzinfarkt.

Rolf Schmiederer ist tot. Man ist erschrocken und verstummt. Und dann erinnert man sich. Da fällt einem wieder ein, was beeindruckt hat, als man Didaktisches zu lesen begann.

Im Oktober 1966 schrieb Rolf Schmiederer erstmals im „Argument“ zur „Problematik politischer Bildung in der Schule“. Dies blieb im Gedächtnis: Die Warnung davor, mit der Schule Gesellschaft umwälzen zu wollen, die Forderung, „auf jede Art von Manipulation des Schülers zu verzichten“, der Anspruch, den politischen Konflikt in die Schule hereinzunehmen. „Politisch-demokratischer Handlungswille kann nur entstehen aus der Analyse gesellschaftlicher Konflikte, aus der kritischen Reflexion öffentlicher Herrschaft und der sich in ihr verkörpernden Interessen, und schließlich aus der reflektierten Stellungnahme im Prozeß der gesellschaftlichen Auseinandersetzungen.“

Ein Jahr später legte Rolf Schmiederer seine „Thesen zu einer Theorie der politischen Bildung“ vor. Da wandte er sich gegen ein „emanzipatorisches System“, als „gesichertes Wissen“, das nur im Glauben gründen kann, beliebig also als „nur eine Möglichkeit neben anderen“, und er engagierte sich für Werte, die der „historischen Realität“ ausgesetzt sind, über die Dialektik der Kritischen Theorie. In der Reinhardswaldschule (1969) hat Rolf Schmiederer es Lehrern einmal zugerufen: „Emanzipation gibt es eben nur von der Kritischen Theorie her...“ Und dann weiter im provozierenden Eifer des Streitgesprächs: „Wieso soll ich ... die Einsichten, die ich aus der Analyse der Gesellschaft gewonnen habe, beim Unterricht sozusagen „obenhin“ setzen und den Schülern nicht denselben Weg gehen lassen, den ich gegangen bin?“ - Denselben Weg; die Einsichten, die gewonnen werden, mögen andere sein.

Die Positionen hatte Rolf Schmiederer damit abgesteckt: Den rationalen, offenen Diskurs der Kritischen Theorie als ent-

„Engagiert über seine Kräfte hinaus“

Antonius Holtmann über Rolf Schmiederer

schiedene Parteinahme; nicht nur die Beachtung, nein, die Achtung der Interessen der Schüler; und die Bereitschaft des Lehrenden und die Bitte an die Lernenden, im Prozeß der gesellschaftlichen Auseinandersetzungen Farbe zu bekennen.

Rolf Schmiederer hat dies getan. Seine „Kritik der politischen Bildung“ erschien 1971, die Geschichte der Politischen Bildung in Westdeutschland seit 1945 („Zwischen Affirmation und Reformismus“) ein Jahr später. Gemeinsam mit seiner Frau Ingrid hat er seit 1970 die Reihe der „Modelle für den politischen und sozialwissenschaftlichen Unterricht“ herausgegeben.

Die Praxis hat Rolf Schmiederer vor allem interessiert: die Universität, die Lehrerweiterbildung, der Bildungsurlaub, die Schule; immer ansprechbar, hilfsbereit, engagiert über seine Kräfte hinaus, und auch leidend unter den Unzulänglichkeiten der so sehr bejagten Einphasigkeit unserer Lehrerbildung.

Gerade wenn er klagte, und auch über Studierende klagte: Vertrauen in sein Engagement und seine Hilfsbereitschaft machte ihn verständlich. Und dies wiederum ließ ihn die Belastungen des 3. Studienabschnitts dann doch hinnehmen. „Mein Gott, wann kommt man mal endlich zum Schreiben! - Und erst einmal zum Lesen!“

1976 hat er es noch einmal gekannt. Seine „Politische Bildung im Interesse der Schüler“ hat er für die „Niedersächsische Landeszentrale für politische Bildung“ geschrieben, nach zwei Jahren Oldenburger Erfahrungen im 1. und 2. Studienabschnitt: „Konzeption einer offenen, praxisorientierten und schülerzentrierten Didaktik des politischen Unterrichts.“ Sein Angebot an die Praxis. Er kann sie nicht erleben und sich auch nicht mehr der eigenen Konzeption kritisch zuwenden.

Das hat er immer gewollt, vor allem im Gespräch mit Bekannten und Freunden, mit Studierenden und Kollegen.

Rolf Schmiederer ist tot. Man ist erschrocken, weil man verstummen muß. Man ist betroffen, weil dies Gespräch nicht mehr gelingen kann.

Wir tun zu wenig, solange wir uns des Lebens sicher sind.

Programm

Mittwoch, den 21. 3. 1979

AVZ 3-203

15.00 Uhr Dr. Buse Soltau: Erfahrungsbericht über den Informatikunterricht am Gymnasium - 15.45 Uhr Diskussion, anschließend Pause 16.30 Uhr W. Wagener, Oldenburg: Informatik-Inhalte im Unterricht an Berufsbildenden Schulen (Erfahrungsbericht) - 17.15 Uhr Diskussion - 17.45 Uhr Ende der Tagung. (Es besteht die Möglichkeit, im Anschluß an die Tagung die Rechenanlage zu besichtigen und zu Übungszwecken zu benutzen.)

Konzil und Senat

Fortsetzung von Seite 1

Anteil stieg von 68,8 auf 77,2 Prozent. Entsprechend verlor die konkurrierende DAG. Inzwischen hat sich der Senat konstituiert. Die erste Sitzung des Konzils, das am 14. Februar zusammenzutreten sollte, fiel den widrigen Witterungsverhältnissen zum Opfer. Da das höchste Gremium laut Grundordnung nur während der Vorlesungszeit tagen darf, wird die erste Sitzung frühestens Mitte April stattfinden. Wichtigster Tagesordnungspunkt dürfte die Wahl des Präsidenten sein.

„Diese Darstellung ist unwahr“

UNI-info 2/79, Seite 3 „Berufsvorbot aufgehoben“

In dem UNI INFO vom 29.1.79 wird auf Seite 3 über ein Arbeitsgerichtsverfahren berichtet, durch das die NichtEinstellung von Frau vom Berg als pädagogische Mitarbeiterin durch den Landkreis Friesland aufgehoben worden ist. In dem INFO-Bericht wird unter Nennung meines Namens der Eindruck erzeugt, als ob ich die NichtEinstellung von Frau vom Berg veranlaßt hätte. Diese Darstellung ist unwahr. Sie entspricht auch nicht meiner Einstellung; immerhin war

Frau vom Berg bisher vier Jahre unbehelligt als Dozentin an der Volkshochschule Oldenburg tätig. Auch der Satz „Fischer dementiert diese Aussage auf Anfrage von dpa nicht“ entspricht so nicht den Tatsachen. Ich habe bereits bei dpa deswegen interveniert.

Wenn von interessierter Seite derartige Behauptungen lanciert werden, so ist der Zweck, mich zu diffamieren, leicht zu durchschauen. Ein einfacher Anruf hätte genügt, den Wahrheitsgehalt zu überprüfen. Es macht mich angesichts langer, vielfältiger Zusammenarbeit mit der Universität tief betroffen, daß das offizielle Informationsblatt der Universität diese Verleumdungskampagne durch Abdruck ohne Rückfrage unterstützt.

Dr. Kh. Fischer
Leiter der Volkshochschule

Stadt stiftet Ossietzky-Preis

Gegen die Stimmen der CDU-Fraktion bestätigte der Oldenburger Stadtrat in seiner letzten Sitzung einen Beschluß des Kulturausschusses zur Stiftung eines „Carl - von - Ossietzky - Preises“. Der Preis, der alle zwei Jahre vergeben werden soll, ist mit 10.000 DM dotiert und wird für die wissenschaftliche Arbeit vergeben, die sich am hervorragenden mit dem Werk und der Wirkungsgeschichte Carl von Ossietzky aus einanderzusetzen hat. Die CDU beantragte dagegen, daß sich die Arbeiten mit dem regionalen antifaschistischen Widerstandskampf befassen sollten. Eine solche spätere Erweiterung der Themenstellung wurde auch von den übrigen Parteienvertretern nicht ausgeschlossen. Die CDU sprach sich jedoch auch gegen die Benennung des Preises nach Carl von Ossietzky aus.

Personalien

Professor Dr. Peter Gorny, Hochschullehrer für Angewandte Informatik im Fachbereich IV, wurde bei der turnusgemäßen Neuwahl zum Vorsitzenden des Vorstands des Regionalen Hochschulrechenzentrums Oldenburg/Osnabrück gewählt. Dieser Institution gehören die Rechenzentren der Universitäten Oldenburg und Osnabrück und der Fachhochschulen Oldenburg, Osnabrück, Ostfriesland und Wilhelmshaven an.

Bernd Brönstrup wurde als wissenschaftlicher Angestellter im Fachbereich IV eingestellt.

Yorck Hener wurde als wissenschaftlicher Angestellter im Dezernat 5 eingestellt.

Maria Hepprich, Raumpflegerin im Dezernat 4, ist aus dem Dienst der Universität ausgeschieden.

Lieselotte Herzog wurde als psychologisch-technische Assistentin in der ZETWA eingestellt.

Marlies Meier wurde als Angestellte im Schreibdienst im Fachbereich I eingestellt.

Dietlind Unnasch wurde als Angestellte im Schreibdienst beim NQ-Projekt eingestellt.

Klaus Alisch wurde als Auszubildender in der ZETWA eingestellt.

Ulrich Krüger wurde als Auszubildender in der ZETWA eingestellt.

Erich Ries ist als Angestellter in der Bibliothek eingestellt worden.

Ursel Tgahrt, Angestellte im Rechenzentrum, ist aus dem Dienst der Universität ausgeschieden.

Dieter Weiß ist als Angestellter in der Bibliothek eingestellt worden.

Verteilung der Mandate

Konzil

HOCHSCHULLEHRER

BdWi: Pieper-Seier, Sellin, Hüllgartner, Hellmers, Demokratische Hochschule: Schulenberg, v. Maydell, Ruth, Boder, Zimmer, Hinrichs, Sprockhoff, Mees, Thiergard, Freytag, Schröder, Hamann, Eber, Besuden, Freiwald, Jansen, W., Schmücker, Fookon, Behrens, Eschenhagen, Kutscha, Laucken, Füllgraff, Calbert, Saul, Schmidt, H. Arbeitskreis Hochschulpolitik: Gorny, Pfaffenberger, Busch, Krüger, Windelberg, Emrich, Hopf. Linke Liste: Schmidt, E., Vonderach, Luther, Schmale, Janssen, G., Siebel, Janssen, S., Grubitzsch, Ravasani, Ortman, Kraft, Schmidt, W.

STUDENTEN

LHV: Pflüger, Henkenseifken. MSB: Czarnocki, Hein, Hobusch. Basisgruppen: Loh, Hemken, Kötz, Carstens. SHB: Pressler, Moormann, Bischoff, Müller, Hoffmann.

WISSENSCHAFTLICHE UND KÜNSTLERISCHE MITARBEITER

BdWi: Kriszio, Fießner, Wopp. Büttemeyer: Volger, Wollrad, Heyen. Linke Liste: Stinschhoff, Ruschig, Fabian, Jäckel, Giese. Arbeitskreis Hochschulpolitik: Weißbach, Ammann, Neumann.

MITARBEITER IM TECHNISCHEN UND VERWALTUNGSDIENST

DAG: Röver, Duddeck. ÖTV: Buchholz, Kochanowski, ten Brink, Liebig, Hildebrand, Hepprich, Droge, Bernabei, Neemeyer, Hartje, Schumann, Eilers.

Senat

HOCHSCHULLEHRER

Demokratische Hochschule: Laucken, Ruth,

Behrens, Günther. Linke Liste/AKH/BdWi: Blanke (Lili), Kraiker (Lili), Küpper (AKH).

STUDENTEN LHV/JUSO-HSG: Hinrichs. Gewerkschaftlich orientierte Liste: Czarnocki.

WISSENSCHAFTLICHE UND KÜNSTLERISCHE MITARBEITER

Konf. wiss. Mitarbeiter: Fabian, Wopp. MITARBEITER IM TECHNISCHEN UND VERWALTUNGSDIENST ÖTV: Rosenow, Lüpkes.

StuPa

SHB: Axel Kleinschmidt, Gerd Eckhardt, Hildegard Kaluza, Jossie Moormann, Harald Fenger, Toni Pressler, Bernd Bischoff, Dirk Spekker, Peter Stutz, Reinhard Neck, Peter Gerdes, Monika Hartmann, Barbel Brünig, Susanne Böse, Eckhard Oschinski, Dierhelm Freytag, Rainer Linke, Bernd Schmidt.

MSB: Jutta Spieshöfer, Irmgard Czarnocki, Uwe Köster, Angela Blonski, Ulf Legies, Marie-Luise Constapel, Barbara Jörgen, Dagmar Träbing, Günter Orendi, Helmut Visser.

LHV: Dagmar Henkenseifken, Gerhold Hinrichs, Hans B. Bleßmann, Gerold Pflüger, Günter Helmers, Walter Freiberg, Beate Latendorf.

Freie Liste: Peter Hofer, F. J. Baumann. Ökologie-Liste: Harald Cordes, Ingo Harms, Sigrid Müller, Peter Busch, Petra Ebenner, Michael Kästner, Thomas Kötz, Angelika Knieriem, Manfred Hermbrecht, Götz Hartmann Michael Hemken, Volker Sam Kipping, Barbara Marionneau.

Ausschreibungen

ZETWA. 1/2 wissenschaftliche Hilfskraftstelle (technisches Zeichnen), 4 Stellen für ständig stundenweise beschäftigte Mitarbeiter (BAT VII - 10 Std./Wo.). Bewerbungen bis 6. 3. 79 an Herwig Scholz (AVZ 1-403).

ZETWA. 2 Ausbildungsplätze für den Beruf eines Mechanikers, 1 Ausbildungsplatz für den Beruf eines Elektromechanikers. Bewerbungen bis zum 5. 3. 79 an den Präsidenten (Dezernat 2.11).

Bibliothek. 8 Wissenschaftliche Hilfskräfte. Bewerbungsunterlagen sind bei Annergrit Wiebe (AVZ 1-362) erhältlich. Bewerbungsschluss: 6. 3. 79.

Bibliothek. 4 Stellen für ständig stundenweise Beschäftigte (2 Stellen BAT VII, 2 Stellen BAT VIII, 19 Std./Wo.). Bewerbungen bis 6. 3. 79 an den Präsidenten.

Bibliothek. 4 Stellen für ständig stundenweise Beschäftigte (2 Stellen BAT VII - 15 Std./Wo., 2 Stellen BAT VIII - 19 Std./Wo.). Bewerbungen bis 6. 3. 79 an den Präsidenten.

Für die Hauptuntersuchung des Modellversuchs „Neue Wege zur Motivation in der Hauptschule“ an der Hauptschule Am Lusenot in Nordenham werden vom 5. 3. bis 15. 3. 79 einige studentische Hilfskräfte benötigt. Wünschenswert: Voraussetzungen: Grundkenntnisse in Methoden empirischer Sozialforschung. Anmeldungen bis 29. 2. 79 an Heidi Knake (Postfach). Rückfragen telefonisch von 9.00 - 13.00, Tel.: 6 49 25.

Termine

Freitag, 9.3.79, 15.30, D 103. Disputation im Promotionsverfahren Niels Knolle.

Samstag, 3.3.1979, 8.15, D 103. Anhörungen Akademischer Rat Musikpraxis/apparativer Schwerpunkt. Walter Scheuer (Kirchheim), Dr. Günther Batel (Gießen), Niels Knolle (Oldenburg), Dr. Wolfgang Voigt (Münster).

Mittwoch, 25.4.79, 14.00, VG 103. Anhörungen Akademischer Rat „Grundlagen und Geschichte der Volkswirtschaftslehre“. Anka Gronert (Berlin), Georgios Stamatis (Göttingen), Horst Meixner (Essen), Klaus Köster (Hude).

Alles für das **HEIMLABOR** finden Sie bei uns in großer Auswahl! Außerdem Filmmaterial, Filter, laufend Sonderangebote! Besuchen Sie uns oder fordern Sie unseren Versand-Katalog U on!

PHOTOTECH, Bahnhofstr.13, 2904 SANDKRUG; Tel. 044.81/1323

Bücher sind ein unentbehrlicher Begleiter auf dem Weg durch Ihr Studium

In unserer wissenschaftlichen Abteilung finden Sie die für Sie notwendigen Bücher in großer Auswahl

B&G

1871 - 1971

BUCHHANDLUNG BÜLTMANN & GERRIETS

Lange Str. 57 · Ruf 2 66 01 Postfach 1 41

COPIERCENTER OLDENBURG

Ammerländer Heerstr. 88 - 29 Oldenburg - Tel. 04 41 7 20 20 - Fax 044 24 4

Kopien auf Normalpapier DIN A4/A3 in Selbstbedienung

Kopierpreis je Stück 0,10 DM

ab 500 Kopien je Stück 0,09 DM
ab 1000 Kopien je Stück 0,08 DM

Schnelldruck-Service

zum Beispiel 1 Vorlage DIN A4

Auflage 20 Stück	DM 2,30
Auflage 100 Stück	DM 5,50
Auflage 500 Stück	DM 20,70
Auflage 1000 Stück	DM 34,-
Auflage 2000 Stück	DM 60,-

WIR VOM LANDE ... olé

... PLANEN BERATEN + VERKAUFEN ALLES, WAS ZUM GUTEN WOHNEN GEHÖRT

Niedersachsenhus

Oten / Bloh: Bioher Landstraße, Tel. 04 41 / 6 92 33
Stadt-Studio Oldbg.: Herbartgang, Tel. 04 41 / 1 48 49

TABULA BUCHLADEN IM HERBARTGANG

WALLSTR. LANGE-STR. KURWICKSTR.

Optiker Schulz

für besseres Sehen und Hören
Achtornstraße / Ecke Ritterstraße

BLENDETVIER

Fotogalerie

Poster Bilderrahmen
An- und Verkauf von Fotoapparaten und Zubehör
Rolf Ahlers Bergstraße 4
2900 Oldenburg Tel.: 0441/25015

Das Fachgeschäft bietet mehr Individuelles

besonders in unseren Abteilungen:
Farben - Tapeten, Bastelartikel, Künstlerbedarf, Spielwaren

Spanhake

Am Markt · Lange Straße 48
Fernruf (04 41) *2 74 88

Zeitschriften - Bücher
Berichte und Examensarbeiten
Examensarbeiten
schnelldient
Innerhalb 2 Stunden

Jochen Henckus
Bibliotheksbuchhandlung
Edewechter Landstraße 50
Telefon 50 23 97

Anna Thye
Buchhandlung
Inh. Gottfried Sieler

Gegr. 1. 9. 1800

29 OLDENBURG
Schloßplatz 21 / 22
Postfach 4780
Ruf (04 41) 2 52 88

Ihr OLB-Bankkonto - die Drehscheibe Ihres Zahlungsverkehrs.

Die Bank, die hier zu Hause ist.
OLDENBURGISCHE LANDESBANK AG